

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat fünf Mark 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Altendammstr. 2 / Fernsprecher-Sammelnummer 14 191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Amts-Schleier-Schiffbauamt, Dresden-Alt. / Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschl.: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang      Mittwoch, den 10. November 1926      Nummer 251

## Ein SPD-Dolchstoß gegen die Erwerbslosen

Der Reichsarbeitsminister lehnt die Beschlüsse des Reichstags auf 30prozentige Erhöhung ab - die Sozialdemokratie spricht ihm dafür das Vertrauen aus  
Arbeiter, gebt ihnen am kommenden Sonntag die gebührende Antwort: Wählt nur Kommunisten!

### Komödie oder Klassenkampf?

Der neue Landtag und die lässliche Arbeiterklasse.  
Am 31. Oktober löste sich die ganze parlamentarische Verfassung auf, deren Gipfel sich die Regierung der Weimarer Republik während der vergangenen Jahre ein künstlich verknüpftes Gebilde geschaffen hatte, arbeitslos in Wohlgefallen auf. Die glatte Oberfläche der ihnen im alten Landtag zur Verfügung stehenden Mandate ging verloren. Alle sozialistischen, demokratischen, deutschen Volkspartei und Deutschnationale vermochten zusammen nur 35 Parlamentssitze von den bisherigen 69 zu sichern. Grundsätzlich als durch dieses Wahlergebnis könnte der ursprüngliche Wille der bürgerlichen Demokratie - Marx: „Das Volk will die Arbeit“ - gar nicht verletzt werden. Denn jeder Wille des Volkes, wie er sich am 31. Oktober in Sachsen gegen das bisherige Regierungssystem unambiguos äußerte, bestand ja schon längst. Niemand umstritt daran, das im letzten Rat der Arbeiterklasse vorstand. Und trotzdem können alle diejenigen bürgerlichen Parteien, die sich noch nicht von der „Demokratie“ tun konnten, die kommunistischen Arbeiter auf Landtagsauflösung immer wieder ab. Künstlich verlängert man sie einen Tag, wo - wie jedermann wußte - „das Volk will“ im härtesten Gegensatz zu den bestehenden Machtverhältnissen stand.

Und heute? So vernünftig die Niederlage der Koalitionsparteien ausfiel, so wenig denken sie daran, von der Bildung zu verschwinden. Im Gegenteil: Der Zusammenbruch des neuen Landtags - und damit der Rücktritt der Weimarer Regierung, die in ihm zunächst nur eine kleine Minderheit von Abgeordneten beherbergte - wird solange wie möglich hinausgeschoben. Die alte Antwort, welche die Koalitionsparteien, deren Parteien sich auf die allein seligmachende bürgerliche Demokratie eingelassen haben, auf die furchtbare zerstückelnde Abfolge des „Vollkollapses“ an ihr Regime erteilte, war - die Erklärung, daß sie mindestens noch 4 Wochen weiter zu amtieren wolle. Das Ziel dieser Verzögerungspolitik ist ohne Zweifel: Zeit zu gewinnen. Erst über das Volksgesicht vom 31. Oktober wollen sie lachen, um inzwischen einen neuen Koalitionsschacher „fertig zu machen“. Der Erfolg wird freilich ein anderer sein: Auch dieses Schauspiel wird die Wertlosigkeit des alten und eines neuen Landtags über die Demokratie des Weimarer Reiches offenbaren!

Oder ist es vielleicht nicht das Wesen der bürgerlichen Demokratie, das hier keine grüne Kranke zeigt? Sind es vielleicht nur einige einzelne Politikfehler - die Fehlt und Kompromisse - die sich hier verbergen? Bleibt das System davon unberührt? Wird alles besser werden, wenn die 4 Großen, welche der Weimarer Regierung abgelassen sind und der neue Landtag zusammenzurufen? Man vergleiche einmal das, was am 31. Oktober geschah, mit dem, was im neuen Landtag - solange er existiert - geschehen wird.

Die Abstimmung zeigt den Bruch der bürgerlichen Regierung. 420 000 Wähler allein aus den großbürgerlichen Koalitionsparteien marschierten ab, ungeachtet die Weimarer die Kommunisten in die antisozialistische Sozialdemokratische Schutzmantel der Bourgeoisie schlugen. Als jene Wählermassen aus Kleinbürgertum und Bauernschaft, unteren Beamten und anderen Teilen des Mittelstandes ihrer bisherigen Führung im Reichsparlament, der Volkspartei und den Demokraten am Wahltag den Laufpaß gaben - haben sie da am Ende „gewollt“ - daß - nach einstimmig Hin und her - zum guten Schluss alles beim Alten bleiben solle? Sie wollten es nicht. Sie wollten brechen mit dem System, das sie ausplünderte und unterdrückte! Darum gingen sie hin und wählten - die Wirtschaftspartei, die vorgeschobene Filiale der Deutschnationalen, die „Aufwertungspartei“, die ihnen alles verweigert hat und nichts halten wird, oder die völkischen Bauern. Sie wollten ändern und wählten Parteien, deren Mandatsverträge im kommenden Landtag verhindert, daß noch etwas anders wird. Wir brauchen heute nicht viel zu spekulieren, wie das so ist. Wie also diese rebellierenden Wählermassen, die unzufriedenen gemordeten kleinen Kaufleute, die veräulerten, ausgeplünderten Rentner, die hungernden Beamten, die vom Kapital auf den Außererbe-Etat geleiteten Handwerker, kurz, die ganze Armee des verelendeten Mittelstandes, noch nicht zur Arbeiterklasse als ihrer natürlichen Führer in gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind geworden sind. Es ist ja. Und diese Tatsache legt uns Kommunisten die Pflicht auf, mit verdoppelten Kräften, als Vorhut der Arbeiterklasse zu treten, die breite Schicht des gesammelten kleinen Mittelstandes um den führenden Kern des Industrieproletariats ab der Parteien, bewußten, bis zum Ende revolutionären Klasse, zusammenzuschließen. Die Enttäuschung, die diesen veräulerten Volkschichten seitens der neugewählten kleinbürgerlichen „Wirtschaftspartei“ des Großkapitals vom Schicksal der Wirtschaftspartei betroffen, wird unsere Aufklärungsarbeit erleichtern. Aber die Tatsache, daß sie heute noch nicht aufgewacht, noch nicht bewußte Verbündete der Arbeiterklasse, noch nicht Anhänger des Sozialismus sind - diese Tatsache ist nicht daran, daß sie schon heute durch die famose Demokratie des volkstümlichen Baues, durch den „idealen“ Parlamentarismus des „reifeiten Staates der Welt“ um das gesamte Volk zu werden, was sie schon heute wollen, den Weg im Saufen!

### Erwerbslosennot als Kuhhandel

Eine tolle Komödie und unerhörte Provokation  
Trefflicher als durch die Reichsregierung vom 9. November 1926 kann der Charakter der bürgerlichen Republik vom 9. November 1918 nicht gekennzeichnet werden. Schon die Montagssitzung des Reichstages am 8. November, in der die Erwerbslosentage entsprechend den Ausschlußbeschlüssen erledigt werden sollte, gestaltete sich zu einer unerhörten Komödie und Provokation der Erwerbslosen. Eine plötzliche Reichstagsmehrheit beschloß entgegen den Beschlüssen des Ausschusses und der Regierungsmehrheit sowie gegen den Willen der Regierung eine Erhöhung der Erwerbslosenbezüge um 30 Prozent.

Nicht der Wille, den Erwerbslosen zu helfen, war für diesen Beschluß maßgebend. Die Deutschnationalen stimmten für diesen Antrag, um einerseits der Regierung Schwierigkeiten zu machen und ihren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu festigen, andererseits, um die Sozialdemokratie, die sich mit der Regierung eng verbunden fühlt und sie nicht stützen will, in Verlegenheit zu bringen. Durch diese Komödie läßen sich die Schieber parlamentarischer Mehrheiten vor die Frage gestellt, Zeit für neue Kuhhandeleien zu gewinnen. Nach verschiedenen Schwierigkeiten gelang dies. Die Sitzung wurde abgebrochen. Neuer Kuhhandel begann.

Die Erwerbslosen sind gut genug, das Schacherobjekt für bürgerliche Regierungskombinationen abzugeben.

In der Sitzung vom 9. November erklärt der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Reichstagsbeschlüsse in der Erwerbslosentage für nicht maßgebend. Die Regierung lasse sich nicht durch die „Beschlüsse“ stören. Es habe sich um eine tatsächliche Abstimmung gehandelt. Eine wirkliche Mehrheit zugunsten der Erwerbslosen sei nicht vorhanden. So feierte der schwarz-rot-goldene Arbeitsminister die „demokratische Republik“. Und die Regierung, die auf die Beschlüsse des „demokratischen Parlaments“ dieser deutschen „demokratischen Republik“ pfeift, hat bereits in Verbindung mit dem reaktionären Reichsrat auf dem Verordnungswege eine bloß sechs bzw. fünfzehnprozentige „Erhöhung“ der Erwerbslosentage festgesetzt. Die Regierungsparteien versuchen mit allen Mitteln, ihre bedrohte Regierung zu erhalten. Es gelingt nicht. Die Mehrheit des Reichstages ist gegen die Regierung. Eine Reihe Beschlüsse zugunsten der Erwerbslosen werden gefaßt, wobei die Regierungsparteien sich an den Abstimmungen nicht beteiligen. Nun kommt der kommunistische Mikroschwarzantrag zur Abstimmung. Jetzt handelt es sich darum, Farbe zu bekennen. Und, wie in hundert Fällen, finden sich Lokalen des Kapitals bereit, dem reaktionären Arbeitsminister beizufpringen.

Die Sozialdemokratie entschließt sich nicht, demselben Reaktionär Brauns, der jedoch die brutale Bergemwallung der Erwerbslosen, die biskalrische Nichtdurchführung der vom Reichstag beschlossenen

sozialdemokratischen Anträge angekündigt hat, dennoch positiv ihr Vertrauen auszusprechen.  
All das Gerede von der Erwerbslosenfreundlichkeit der SPD-Führer enthüllt sich hier als Demagogie. Für sozialdemokratische Führer sind die Erwerbslosen genau so, wie für die Deutschnationalen am Tage zuvor nur Figuren auf dem politischen Schauplatz zur Erreichung der Großen Koalition. Das werden die Arbeiter der sozialdemokratischen Führerschaft nie vergessen. Und es ist kein Wunder, daß die bürgerliche Demokratie am 9. November 1926, also am Tage des achtjährigen Bestehens der deutschen demokratischen Republik, sich als elende Heuchelei und Schwindel entlarvt.

Die Behandlung des Reichstagsrats im weitesten Verlauf der Reichstagsabstimmung ergänzte nur die treffende Charakteristik der Kowalenrepublik, der Demokratie des 9. November. Der Sozialdemokrat Sänger wagte es unter ungläublicher Beschimpfung der Kommunisten, die Sozialdemokratie als die Partei der Demokratie und als die Partei der Arbeiter zu bezeichnen. Als Vertreter der Partei, die die Arbeiterrevolution bewirkt hat und die revolutionäre Arbeiterbewegung immer und immer wieder versucht, im Wege zu ertöden, „weiter“ er gegen monarchistische Umtriebe, gegen die Hohenzollern, denen man 500 Millionen in den Taschen gemorfen hat, gegen Schwarze Reichswert. So gab er dem deutschnationalen Redner das Stichwort, dem es nicht schwer fiel, nachzuweisen, daß die SPD-Führerschaft nur mit Hilfe der monarchistischen Führer sich vor Spartakus und dem revolutionären Proletariat halten konnte. Genosse Kowalen stellte die jammervolle Haltung der Sozialdemokratie in unzähligen Fällen fest. Er kritisierte diese Reichstagsabstimmung des Reichstages und zog die Lehre aus den Ereignissen, die das Proletariat befähigen, den Kampf gegen die bürgerliche Demokratie für die proletarische Diktatur zu führen.

Eine besondere Abrechnung mit allen den Parteien, die sich wieder einmal mit einem fast unversiegbaren verbrecherischen Innismus über die Not der Erwerbslosen hinwegsetzen, ja ihre unlaublichen parlamentarischen Geschäfte mit Hilfe dieser Not zu betreiben versuchen, wird die lässliche Arbeiterklasse am kommenden Sonntag bei den Gemeindevorordnetenwahlen vornehmen. Kein Prolet, ob selbst erwerbslos oder noch im Bett, wird seine Stimme diesen verlogenen Vorkriegsjägern, den Deutschnationalen oder Sozialdemokraten geben! Kein Prolet wird dem „christlichen“ Zentrum des Reichsarbeitsministers Brauns oder den übrigen Regierungsparteien, Demokraten oder Deutscher Volkspartei, Gefolgschaft leisten, nachdem sie so offen ihre „demokratischen Legenden“ offenbart haben! Die lässliche Arbeiterklasse und die Werttätigen aller Schichten wählen am Sonntag die Diktator der Kommunisten!

begreifen haben. Ja, daß selbst unter der Arbeiterklasse noch viele falsche, irrtümliche Hoffnungen auf irgendein besseres Geschick der Demokratie, irgendeinen Ausweg mit dem Stimmzettel, auf der „sozialistischen“ Regierung bestanden und bestehen. Diese irrtümlichen Hoffnungen würde die praktische Erfahrung, das praktische Verlangen einer solchen sozialdemokratischen Regierung, am schnellsten und gründlichsten zerstört haben.

Obwohl draußen im Lande die große Umwandlung der Massen aus der Reihen der Koalition unumkehrbar den Willen des Volkes kundtut, einen „anderen Weg“ einzuschlagen, und obwohl der letzte Versuch, diesen Weg „parlamentarisch“ zu beschreiten, eben nur jene SPD-Regierung hätte sein können, haben wir heute vor der Tatsache, daß der Landtag des 31. Oktobers nicht einmal läßt, diesen Weg zu verlassen.  
Zwar, etliche „linke“ SPD-Führer, des gewaltigen Strategie Paul Voigt und der Zwitauer Max Sanderwitz an ihrer Spitze, erklären, man müsse das Experiment der Minderheitsregierung doch versuchen. Die vier „sozialistischen“ würden schließlich doch mitran, und man könne dann ja - wenn die Kommunisten einer solchen ehlen Gemeinschaft die Hilfe verweigern - wieder einmal gewaltig kämpfen und die eigene Mitwelt auf den vier antisozialistischen Mandatären im Lärm einer wohl-einstudierten kommunistischen Landtags-Theater vor freilich so einseitig ausschließt, das aus den eigenen Reihen der SPD-Führerschaft schon heute Bedenken erhoben wurden. Die Chem-